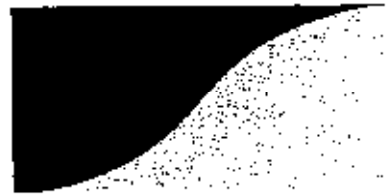


Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 15 20-0
Telex: 886846 ppbn d
Telefax: 9 15 20-12



Inhalt

Horst Peter MdB zu den Petersberger Empfehlungen von SPD-Spitzenpolitikern: Gibt es noch strategische Alternativen?

Seite 1

Siegfried Vergin MdB zur Stellungnahme des Finanzministeriums zum IG Farben-Skandal: Unklarheit im Umgang mit dem Zyklon-B-Konzern.

Seite 2

Professor Dr. Uwe Holtz MdB zum Internationalen Tag der Alphabetisierung: Den Schlüsselsektor Bildung fördern.

Seite 3

Dokumentation

Der Vorstand der Bundes-SGK hat einen Beschluß zur Regionalisierung des öffentlichen Personennahverkehrs gefaßt. Wortlaut

Seite 5

47. Jahrgang / 171

7. September 1992

Gibt es noch strategische Alternativen?

Zu den Petersberger Empfehlungen von SPD-Spitzenpolitikern

Von Horst Peter MdB

Der öffentlich mit großem publizistischen Aufwand inszenierte Positionswechsel des SPD-Vorsitzenden, der die Bereitschaft zur Änderung des Asylrechtsartikels des Grundgesetzes und einer weiteren Änderung des Grundgesetzes, die den Einsatz der Bundeswehr unter UNO-Kommando möglich macht, als Botschaft hat, wird in der überwiegenden öffentlichen Kommentierung als strategische Umorientierung der SPD bewertet.

Wenn das so beabsichtigt ist, dann ist in der Tat eine grundsätzliche kritische Auseinandersetzung in der SPD sowohl über die strategische Zielsetzung, die Form der Umorientierung und die Wahl der Gegenstände, an denen sich die Umorientierung festmachen soll, erforderlich. Außerdem ist zu fragen, ob es für die SPD auch strategische Alternativen gibt.

In der Tat ist nach dem Zerfall der nominalsozialistischen Staaten und dem damit verbundenen bipolaren Ordnungssystem der Welt sowie der politischen Vereinigung Deutschlands eine grundsätzliche Orientierung der deutschen Außen- und Innenpolitik notwendig.

Diese hat sich an der Perspektive einer künftigen Weltordnung und der Frage, ob sich die SPD einem Entwicklungsmodell verpflichtet, das eine ökologisch verträgliche, sozialgerechte, nach dem Prinzip der gemeinsamen Sicherheit konzipierte Weltinnenpolitik anstrebt oder ob sie sich für die machtpolitische und militärische Absicherung der gegenwärtigen Strukturen der Weltpolitik entscheidet, zu orientieren.

Durch die Petersberger Verlautbarung und alle folgenden Erklärungen ist diese strategische Grundfrage nur noch als Konflikt mit dem Parteivorsitzenden zu diskutieren. Denn offensichtlich ist mit den beiden angekündigten prinzipiellen Änderungen der SPD-Positionen eher die Bereitschaft zur Anpassung an CDU-Positionen signalisiert als die Bereitschaft, die SPD auf ein neues Reformprojekt zu orientieren, mit der sie in die Bundestagswahlen 1994 geht.

Zu Ende gedacht heißt das: die strategische Orientierung ist die Anpassung an die Beteiligung an einer großen Koalition und nicht die Auslotung der Möglichkeiten einer Ampelkoalition, die ganz anderer öffentlicher Signale bedurft hätte.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 1204-08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Verwendet Umwelt
mit wertvollen Rückläufern
Recycling-Papier



Offensichtlich geht für manche erhebliche Faszination von der Vorstellung aus, auf dem Weg über die Herstellung der grundgesetzändernden Mehrheit schon als Opposition am politischen Entscheidungsprozeß beteiligt zu werden und durch die Formulierung von Bedingungen für Verfassungsänderungen auch eigene Positionen durchzusetzen. Dabei darf aber nicht aus den Augen verloren werden, daß in der Bundesregierung selbst in bestimmten Bereichen ein massives Interesse an der Lösung der Fesseln des Grundgesetzes besteht und die beiden Ankündigungen von Engholm gehen genau in diese Richtung: das Grundrecht auf Asyl für politische Verfolgung und die Festschreibung des Auftrags der Bundeswehr auf Verteidigung sind Hemmnisse für die Bestimmung der neuen Rolle Deutschlands in der Welt, wie sie die Bundesregierung bestimmt.

Für die SPD ergibt sich aus all dem das Problem, sich ebenfalls von Fesseln zu entbinden, die durch Parteitagbeschlüsse, das Berliner Programm geschaffen sind.

Für viele mag die Linie Wehners aus den frühen 60er Jahren, über die außenpolitische Frontbegründung und die große Koalition die SPD wieder in die Regierung zu bringen, reizvoll sein. Aber die Situation von 1961ff ist weder politisch noch gesellschaftlich vergleichbar. Zum einen gibt es eine ernstzunehmende Bündnisalternative, die dann allerdings anderer Signale wie etwa den ökologischen, sozialgerechten Umbau der Industriegesellschaft und die dafür erforderlichen Verfassungsänderungen und die für die soziale und ökologische Vereinigung Deutschlands notwendige Einschränkung des Gebrauchs des Eigentums, um das Prinzip Entschädigung vor Rückgabe zu ermöglichen, zu setzen hätte.

Zum anderen läßt sich die SPD nach Willy Brandts "Demokratie wagen" nicht der politischen Willensbildung von unten nach oben enteignen. Öffentliche Inszenierung kann demokratischen Diskurs nicht ersetzen oder knebeln. Im Gegenteil birgt sie die Gefahren, daß das Gewicht informeller Berater und der Kommentatoren in den Medien zur Entleerung der Diskussion in den legitimierten Führungsgremien führt. Zum dritten hat die SPD mit ihrem Berliner Programm die Perspektive für ein Projekt des ökologischen und sozialen Umbaus als Zukunftsentwurf der Politik eröffnet. Deshalb ist der SPD-Vorstand gut beraten, baldmöglichst einen a. o. Parteitag einzuberufen, damit die Parteibasis an der Konzipierung der Eckpunkte eines Sofortprogramms, das sie trägt, beteiligt wird.

(/7. September 1992/rs/ks)

Unklarheit im Umgang mit dem Zyklon-B-Konzern **Zur Stellungnahme des Finanzministeriums zum IG Farben-Skandal**

Von Siegfried Vergin MdB

Die Bundesregierung weicht einer klaren Stellungnahme zu den Forderungen der IG-Farben Abwicklungsgesellschaft nach Rückgabe ehemaligen Eigentums in Ostdeutschland aus. Offensichtlich ist ihr nicht klar oder aber gleichgültig, wie eine solche Forderung im Ausland und vor dem Hintergrund der zur Zeit alltäglichen gewalttätigen Aktionen Rechtsradikaler wirken muß. Bisher ist nicht vergessen, daß die IG-Farben maßgeblich an der Produktion des Zyklon-B-Gases beteiligt war und daß Tausende von Zwangsarbeitern in den Werken der IG-Farben zu Tode geschunden wurden.

Ich habe die Bundesregierung gefragt, was sie tun will, um den politischen Skandal zu verhindern, der sich aus den Forderungen der IG-Farben ergibt. Auf diese Frage geht die Antwort des Finanzministeriums nicht konkret ein, der Name IG-Farben wird gar nicht erwähnt. Das Ministerium verweist darauf, daß der Entwurf eines Ausgleichszahlungsgesetzes im Moment zwischen den Bundesressorts abgestimmt werde. "Angesichts dieses frühen Verfahrensstandes ist eine abschließende Stellungnahme nicht möglich", so das Finanzministerium weiter. Aller-

dings wird vom Finanzministerium auch mitgeteilt, daß keine Ausgleichszahlungen erhalten soll, was gröblich gegen Grundsätze der Menschlichkeit verstoßen hat.

Warum wird in diesem Zusammenhang der Name IG-Farben nicht eindeutig genannt? Es ist bedauerlich, daß sich die Bundesregierung nicht mit einem klaren "Nein" gegen jegliche Forderung dieser Gesellschaft ausspricht. Gerade die ehemaligen Zwangsarbeiter, die bis heute noch keine Entschädigung von der IG-Farben erhalten haben, warten auf ein eindeutiges Wort der Bundesregierung. Mit ihren juristischen Erläuterungen als Antwort auf meine Frage läßt sie diese Betroffenen im Regen stehen.

(-/7. September 1992/rs/ks)

Den Schlüsselsektor Bildung fördern **Zum internationalen Tag der Alphabetisierung**

Von Professor Dr. Uwe Holtz MdB
Vorsitzender des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit des Deutschen Bundestages

Analphabetismus und Armut gehen oft Hand in Hand. Wer Analphabetismus besiegen will, muß die Armut bekämpfen, und wer Armut bekämpfen will, muß den Analphabetismus besiegen. Deshalb muß die Entwicklungspolitik - auch die deutsche - stärker als bisher armutsbeseitigende Investitionen und den Schlüsselsektor Bildung fördern.

Über eine Milliarde Analphabeten

Die Zahlen, die die UNO und ihre Sonderorganisationen veröffentlicht haben, sind bedrückend: Weltweit waren 1990 etwa 35 Prozent der Erwachsenen (über 15 Jahren) nicht in der Lage, einfache Textstücke zu lesen oder zu schreiben. Das sind fast eine Milliarde Menschen. Hinzu kommen über hundert Millionen Kinder im schulischen Alter, die keine Schule besuchen, davon zwei Drittel Mädchen. Die meisten lese- und schreibunkundigen leben in den Entwicklungsländern. Durchschnittlich sind es 40 Prozent der Bevölkerung in Ländern mit geringem Einkommen. In besonders armen Ländern wie zum Beispiel Pakistan beträgt die Analphabeterate unter den Erwachsenen 65 Prozent, im vom Hunger geschüttelten Somalia liegt sie bei 76 Prozent, in Burkina Faso gar bei 82 Prozent. In Ländern mit mittlerem Einkommen kann etwa ein Viertel der Menschen nicht lesen und schreiben (22 Prozent). Im Vergleich dazu die reichen Länder: Hier liegt der Durchschnitt bei vier Prozent.

Besonders betroffen sind Frauen. Ihr Anteil am Analphabetismus liegt weit über dem Durchschnitt: Weltweit fast die Hälfte (45 Prozent), in den ärmsten Entwicklungsländern sind es knapp über die Hälfte aller Frauen (52 Prozent). In Burkina Faso beispielsweise können überhaupt nur neun Prozent der Frauen lesen und schreiben.

Analphabetismus heißt Abkoppelung von Chancen

Für den, der nicht lesen und schreiben kann, bedeutet dies, (möglicherweise) abgekoppelt zu werden von beruflicher, technischer, wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung, von Bildung und Ausbildung. Es bedeutet angewiesen sein auf die Hilfe anderer und nimmt Eigenständigkeit.

Lesen und Schreiben sind wesentliche Voraussetzungen für soziale und wirtschaftliche Entwicklung. Sind größere Teile der Bevölkerung eines Landes von der Schrift und den dadurch entstehenden Kommunikationsmöglichkeiten abgekoppelt, dann hat das gravierende Folgen

für das ganze Land. Investitionen in Bildung und Ausbildung sind immer auch Investitionen in die Gesellschaft, das Land, den Staat - Investitionen in die Zukunft. Zwar sind in den vergangenen Jahren weltweit große Anstrengungen unternommen worden im Kampf gegen den Analphabetismus, aber das Bildungswesen besonders in den ärmsten Entwicklungsländern ist in eine gefährliche Krise geraten. Der dramatische Niedergang vieler Volkswirtschaften in den Entwicklungsländern und der gewaltige Rückfluß von Kreditschulden aus dem Süden in den Norden sowie die wachsende Armut haben besonders das Bildungswesen betroffen.

Dieser Niedergang auf der einen und die rasante technologische und wissenschaftliche Entwicklung in den Industrieländern auf der anderen Seite verschärfen das Problem zusehends. Heute wird angesichts einer komplexer werdenden Welt und als Folge revolutionärer Entwicklungen auf dem Gebiet der Telekommunikation und Informatik schon über eine Neudefinition von Analphabetismus nachgedacht. Ein Analphabetismus auf höherer Stufe (nämlich im wissenschaftlich-technologischen Sinne) zeigt, wie weit jene Menschen und Völker, die noch nicht einmal ihren eigenen Namen zu schreiben vermögen, vom Mainstream der internationalen Entwicklung abgekoppelt sind. Gerade angesichts der riesigen Herausforderungen im ökologischen Bereich etwa wird die mit Bildungsmangel verbundene Gefahr deutlich.

Bildung ist Mittel und Ziel von Entwicklung

Ohne eine wirkungsvolle Bekämpfung der Armut läßt sich auch das Analphabetentum nicht beseitigen. Wer lernen soll, muß dazu allein schon physisch in der Lage sein. Bildung und Ausbildung müssen aber mit der Sicherstellung der materiellen Grundversorgung einhergehen, um auch auf Dauer die materiellen Grundlagen sichern zu helfen. Es scheint, als wachse langsam die Einsicht, daß alle Bemühungen auf Dauer umsonst bleiben, wenn nicht die wechselseitige Verflechtung von Bildung und Armut als eine Voraussetzung für eine auf Dauer tragfähige Entwicklung erkannt wird. Alle Anstrengungen, die Gesundheitsversorgung, die Wohn- und Arbeitsbedingungen zu schaffen oder zu verbessern, bleiben im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung vergeblich, wenn nicht gleichzeitig Maßnahmen im Bildungs- und Ausbildungsbereich flankierend stattfinden.

Bildung und Ausbildung sichern das Know How für die Zukunft. Das Recht auf Bildung ist ein Menschenrecht und seine Einhaltung dient nicht nur dem Aufbau von Schul- und Bildungssystemen, sondern zuletzt auch dem Aufbau sozial gerechter und demokratischer, wirtschaftlich leistungsfähiger Gesellschaften.

Menschenrecht auf Bildung

Eine armutsorientierte Entwicklungszusammenarbeit, wie sie der Deutsche Bundestag gefordert hat, muß verstärkte Anstrengungen in den Bereichen Bildung und Gesundheit unternehmen. Die Bundesregierung hatte 1989 knapp über eine Milliarde DM für die Förderung des Bildungssektor in den Entwicklungsländern zur Verfügung gestellt (Entwicklungshilfeministerium: rund 755 Millionen DM, Auswärtiges Amt: rund 260 Millionen DM). Der Anteil der Bildungsförderung an den gesamten öffentlichen Entwicklungshilfeszusagen der Bundesrepublik Deutschland betrug knapp ein Fünftel. Der Bundestag hatte anläßlich des internationalen Alphabetisierungsjahres 1990 eine von der SPD eingebrachten Antrag zur 'Grundbildung in der Entwicklungszusammenarbeit' beschlossen und die Bundesregierung aufgefordert, aktiv an der weltweiten Verwirklichung des Menschenrechts auf Bildung mitzuwirken und bei der bi- und multilateralen Zusammenarbeit mehr Mittel für Grundbildung in der Dritten Welt zur Verfügung zu stellen. Für die Grundbildung werden bislang nur Bruchteile des Entwicklungshilfehaushalts zur Verfügung gestellt.

Dabei wurde gefordert, daß Bildungsprojekte im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit dazu beitragen sollten, daß der Zugang zu Grundbildung für bisher vernachlässigte Gruppeng

durch ausreichendes Angebot und bessere Anreize erleichtert wird, flächendeckend ein Primärschulsystem angeboten wird, daß die ländlichen Gebiete und die städtischen Slums nicht mehr benachteiligt, für Jugendliche und Erwachsene, insbesondere Frauen funktional orientierte Programme der außerschulischen Bildung im Rahmen von Alphabetisierungsprogrammen und beruflichen Bildungsmaßnahmen angeboten werden. Vor allem soll sichergestellt werden, daß bei Projekten in anderen Sektoren (wie zum Beispiel Gesundheit, landwirtschaftliche Beratung, Stadtentwicklung, Familienplanung) Grundbildungsaktivitäten mit berücksichtigt werden, um die Nachhaltigkeit der Projektergebnisse zu gewährleisten.

Die Bundesregierung soll im Rahmen des Politikdialogs mit den Partnerländern darauf hinwirken, daß diese unter anderem ihre Eigenanstrengungen zugunsten des Zieles "Bildung für alle" intensivieren, ihren Bildungshaushalt zugunsten der Grundbildung umstrukturieren, Militär- und Rüstungsausgaben für die Verwendung friedlicher Zwecke umschichten und soziale Gerechtigkeit und Chancengleichheit im formalen Bildungswesen herstellen. Dabei müssen vor allem Frauen und Mädchen verstärkt gefördert werden.

Insbesondere sollten solche Länder unterstützt werden, die entwicklungsorientiert handeln, das heißt die absolute Armut bekämpfen, soziale Sicherungssysteme aufbauen, die natürliche Umwelt schützen, überhöhtes Bevölkerungswachstum eindämmen, Bildung und Gesundheit als entscheidende Entwicklungspotentiale fördern und insgesamt eine menschenwürdige Entwicklung verfolgen.

Auf multilateraler Ebene muß es zu einer besseren Koordinierung der Bildungshilfen der Geberländer kommen, bei Strukturanpassungsmaßnahmen der Weltbank dürfen keine Kürzungen im Bereich der Grundbildung erfolgen, die EG sollte ihre Maßnahmen zur Förderung der Grundbildung erheblich verstärken. Eine Friedensdividende aus durch die Ost-West-Entspannung frei werdenden Mitteln der Rüstungshaushalte sollte für grundbedürfnisorientierte Entwicklungszusammenarbeit, insbesondere zur Förderung der Grundbildung, verwendet werden.

(-/7. September 1992/rs7ks)

DOKUMENTATION

"Regionalisieren" heißt nicht "umgehend stilllegen"

Der Vorstand der Bundes-SGK hat einen Beschluß zur Regionalisierung des öffentlichen Personennahverkehrs gefaßt, den wir im Wortlaut wiedergeben.

Der Vorstand der Bundes-SGK begrüßt die von der Bundesregierung betriebene Regionalisierung des ÖPNV. Schon in der Vergangenheit waren es vor allem die Kommunen, welche durch innovative Verkehrskonzepte zu einem leistungsfähigen, umweltfreundlichen und effizienten öffentlichen Personennahverkehr beigetragen haben. Eine stärkere Verlagerung der Verantwortung für den ÖPNV auf die Kommunen trägt dieser Entwicklung Rechnung und wird mit dazu beitragen, öffentliche Dienstleistungen bedürfnisgerechter (weil kundennäher) zu gestalten.

Gleichrangig mit der Übertragung der Verantwortung vom Bund auf die Regionen (Länder und Kommunen) muß jedoch die Übertragung zweckgebundener finanzieller Leistungen erfolgen, ohne welche eine Strukturreform des ÖPNV von vornherein zum Scheitern verurteilt ist. Die

Ausgestaltung einer finanziellen und finanztechnischen Regelung der Privatisierung des ÖPNV hätte in jedem Fall folgende Punkte zu umfassen:

1. Die im Bundeshaushalt 1991 mit 6,1 Milliarden DM veranschlagten Leistungen des Bundes für den gemeinwirtschaftlichen Verkehr müssen den Regionen zur Verfügung gestellt werden.
2. Dieser Betrag muß auf den Haushaltsansatz für das Jahr, in welchem die Regionalisierung durchgeführt werden wird, heraufgesetzt und mit der jährlichen Wachstumsrate des Bundeshaushaltes dynamisiert werden.
3. Der Bund hat einen Ausgleich für notwendige aber nicht durchgeführte Investitionen aus den letzten Jahren zu leisten, welche für eine ÖPNV-Reform unabdingbar sind.

Sollte geplant sein, die Regionalisierung bereits 1993 eintreten zu lassen, müßten dafür circa zehn Milliarden DM vom Bund für 1993 bereitgestellt werden. Diese Mittel wären vom Bund den Ländern zweckgebunden zuzuweisen, wobei die Länder diese Mittel wiederum an die kommunalen Aufgabenträger weiterzuleiten hätten. Diese Regelung wäre im Grundgesetz durch eine Erweiterung von Artikel 104 dauerhaft festzuschreiben.

Eine derartige Regelung würde es auch ermöglichen, gerade im ländlichen Raum, regionale Verkehrsverbände oder andere geeignete Kooperationsformen unter Beteiligung von Kommunen und Bundesländern zu schaffen, um nicht nur die Finanzierungs- sondern vor allem auch die Organisationskräfte zu bündeln, damit im ländlichen Raum ein leistungsfähiges Verkehrsmanagement entstehen kann.

Neben den bisher vom Bund für den ÖPNV bereitgestellten Finanzmitteln sind wie dargestellt künftig weitere vier Milliarden DM aufzubringen. Der geeignete Weg dafür ist eine Beteiligung der Länder an der Mineralölsteuer (von circa acht Pfennigen je Liter), wobei dieser Anteil zweckgebunden von den Ländern an die regionalen Verkehrsträger weiterzuleiten wäre.

Der Vorstand der Bundes-SGK fordert den Bundesverkehrsminister zudem auf, umgehend die Höhe und die Art der Berechnung der künftigen Fahrwegsabgabe bekanntzugeben, die für die Benutzung des weiter bundeseigenen Schienennetzes erhoben werden wird. Diese Fahrwegsabgabe wird künftig einen erheblichen Kostenfaktor für den schienengebundenen Nahverkehr darstellen, sodaß ohne Kenntnis der genauen Höhe der Fahrwegsabgabe keine abschließende finanzielle Regelung möglich sein wird. Für diesen Fall hätte der Bund weitere zwei Milliarden DM als Risikozuschlag bereitzustellen. Diese Summe wäre jeweils am Jahresende abzurechnen und entsprechend der Höhe der Abgaben nochmals aufzustocken oder zurückzuzahlen.

Außerdem fordert der Vorstand der Bundes-SGB die Bundesregierung auf, jegliche Privatisierung von Teilen des ÖPNV (zum Beispiel der Bahnbusgesellschaften) bis zum Abschluß der Verhandlungen über die Regionalisierung zu unterlassen.

(-/7. September 1992/rs/fr)
